

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

## Amtsblatt

Verantwortlicher Redakteur: Riese.  
Gesamt Nr. 22.

Hofschloßplatz, Riegg 2100.  
Stroß Nr. 22.

Die Amtshauptmannschaft Großhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 160.

Dienstag, 13. Juli 1920, abends.

73. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Postgebühr, bei Abholung am Postamt monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 8 mm hohe Grundzeile (7 Zeilen) 1.10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; zeitraubende und tabellarischer Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Übermäßige Anzeigengebühren, Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen im Betrieb der Druckerei, der Lieferanten oder der Verlegerungsanstalten — hat der Bezüher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Beslag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 39. Verantwortlich für Redaktion: L. W. A. Teichgraber, Riesa; für Anzeigentel: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Den von den hiesigen Kollegen beschlossenen XI. Nachtrag zur Ordnung für den hiesigen Schlachthof zu Riesa vom 29. Juli 1909 und der dieser angefügten Gebühren-Ordnung geben wir hiermit nachstehend bekannt.  
Riesa, am 12. Juli 1920.

Der Rat der Stadt Riesa.

R.

### XI. Nachtrag

zur Ordnung für den hiesigen Schlachthof zu Riesa vom 29. Juli 1909 und der dieser angefügten Gebühren-Ordnung.

I. Die in Biffer I der Gebührenordnung festgesetzten Schlachtgebühren werden wie folgt erhöht:

Für 1 Rind über 125 kg Schlachtgewicht	75 Mt. — Wfa.
1 Rind bis 125 kg Schlachtgewicht	60 Mt. — Wfa.
1 Schwein über 20 kg Schlachtgewicht	30 Mt. 50 Wfa.
1 Schwein bis 20 kg Schlachtgewicht	20 Mt. 50 Wfa.
1 Kalb oder 1 Schaaf	18 Mt. — Wfa.
1 Hase	12 Mt. — Wfa.
1 Lamm oder Ferkel unter 3 Monaten	3 Mt. — Wfa.
1 langendes Ferkel	2 Mt. — Wfa.
1 Pferd über 125 kg Schlachtgewicht	54 Mt. — Wfa.
1 Pferd bis 125 kg Schlachtgewicht	44 Mt. — Wfa.
1 Ferkel	14 Mt. — Wfa.
1 Hund	3 Mt. — Wfa.

Für Schlachtungen, die außerhalb der festgesetzten Zutrittszeiten erfolgen, sind außer vorstehenden Gebühren noch zu entrichten:

Für 1 Rind oder Pferd	10 Mt.
1 Schwein	8 Mt.
1 Kalb	3 Mt.

II. Dieser Nachtrag tritt sofort in Kraft.

Riesa, am 12. Juli 1920.

Der Rat der Stadt Riesa.

Die Stadtverordneten.

(L. S.) (ges.) Dr. Scheiber, Bürgermeister. (L. S.) (ges.) Alf. Romberg, Vorsteher.

### Briefkartenausgabe.

Die Ausgabe der Briefkartenausgaben für  
a) Schwangere vom Anfang des 7. Schwangerschaftsmonats an,  
b) kranke Mütter beim Wöchnerinnen  
erfolgt nach Vorlegung entsprechender Bescheinigung der Behörde beim. des Rates  
Mittwoch, den 14. Juli 1920, nachmittags 2—4 Uhr  
im Rathaus, Lebensmittelkartenzentrale, Zimmer Nr. 15.

### Das Auf und Ab in den Verhandlungen von Spa.

Der gefährlich aussehenden Wendung zum Schlechteren, die am Sonntag in Spa eingetreten war, ist wieder ein Umkehrpunkt zum Besseren erfolgt. Die Herren von der Entente sorgen dafür, daß das deutsche Volk in einer dauernden Verberührung festgehalten wird. Man darf daher sich auch von dem Eintritt einer gewissen gesellschaftlichen Annäherung zwischen den Vertretern der Alliierten und den Mitgliedern der deutschen Delegation nicht allzuviel für den günstigen Verlauf der sachlichen Verhandlungen versprechen. Daß die Herren Lloyd George und Millerand den Herren Behrensdorf und Simons nach einer in formaler Form verlaufenen Unterhaltung die Hand gedrückt haben, ist zwar immerhin ein Beweis, daß man nicht mehr auf dem Kriegsfuß mit einander zu verkehren wünscht, aber im übrigen darf man der Freundlichkeit wenigstens der Franzosen, keineswegs trauen. Sie haben bewiesen, daß sie es verstehen, uns mit der Riene des Biedermanns die Würgefaust an die Kehle zu legen und uns dabei zu versichern, das geschieht ja alles nur zu unserem Besten. So wäre es vielleicht verfrüht, anzunehmen, daß die Franzosen von ihrer alles vernünftige Maß übersteigenden Forderung auf monatliche Lieferung von 2 1/2 Millionen Tonnen Kohlen ohne schweren Kampf zurückkommen werden, besonders da Lloyd George, der doch immerhin noch auf Millerand maßgebend eingewirkt hat, erkrankt ist. Dabei man zweifelhaft sein kann, ob dieser Erkrankung nicht doch am Ende die Abicht zugrunde liegt, sich von der Verantwortung für die Regelung der Kohlenfrage, die ihm ja auch direkt ziemlich unberührt läßt, zu erlösen. Jedenfalls wird es ihm gut anstehen, wenn er, nachdem sich die Köpfe über die Kohlenfrage erhitzen haben, als der „Leberlegener“ austritt, um den Streit in die Bahnen des Vernünftigen und Möglichen zu lenken.

Aus Basel wird gedrächelt, daß Lloyd George an Ruhr erkrankt ist. Die Krankheit ist auf das schlechte Trinkwasser in Spa zurückzuführen.

### Die Montags-Sitzung.

Die für vormittag anberaumte Sitzung der Konferenz wurde auf nachmittags 5 Uhr verlegt, weil auf Wunsch Millerands eine Unterredung zwischen ihm und dem deutschen Außenminister Simons stattfand.  
In Spa, 13. Juli. Der Sonderberichterstatter der Telegraphen-Union meldet: Die Beratungen in der Kohlenfrage begannen gestern damit, daß die Vertreter der Entente erklärten, es müsse prinzipiell bei der Biffer von 2 1/2 Millionen Tonnen monatlich bleiben. In Zukunft werde dann die Reparationskommission von Fall zu Fall die weiteren Biffern festsetzen. Versuchsweise soll jedoch für die nächsten sechs Monate die Lieferung auf 2 Millionen Tonnen herabgesetzt werden. Diese Forderung wurde vom Außenminister Simons als unüberführbar bezeichnet; vielleicht wenn Deutschland sofort in ausreichenden Mengen Lebensmittel erhalte, würde es möglich sein, das deutsche Angebot auf 1,4 Millionen Tonnen zu erhöhen. Späterhin würde dann voraussichtlich infolge der Neueinstellungen von Bergarbeitern eine weitere Steigerung um monatlich 2 bis 400 000 Tonnen erzielt werden können. Sollte die Entente auf ihrer Forderung bestehen, so ließe Deutschland es vor, sich der Entlastung durch die Reparationsform-

million zu unterwerfen. Diese müsse dann aber auch die Ausführung der Beschlüsse und die Verantwortung dafür übernehmen. Die Aufrichtigkeit des Ruhrgebietes würde sich weder von der Entente noch von Deutschland die am grünen Tisch gefassten Beschlüsse diktiert lassen. Die öffentliche Meinung in Deutschland sei ohnehin durch das in Spa beschriebene Diskussionsniveau aus Neugierde erregt und könne leicht schlimme Folgen eintreten, wenn davon nicht abgegangen würde. Nach längerer Beratung mit den übrigen Vertretern der Alliierten erklärte Lloyd George, es müsse in der Kohlenfrage bei dem Gelegten sein Verhalten haben. Er rate dringend, die Angelegenheit nochmals ernstlich zu prüfen und neue Vorschläge zu unterbreiten. Dies sagt Minister Simons für heute zu. Die Sitzung wurde sodann auf heute nachmittags verlegt.

### Der deutsche Wiedergutmachungsplan.

Der der Konferenz am Sonntag vorgelegte deutsche Plan für die deutschen Leistungen gemäß Artikel 236, Anlage 4, Teil 8 des Friedensvertrages lautet u. a.: Deutschland schafft eine umfassende Organisation der gesamten Industrie einschließlich des Handwerks für die Durchführung der Reparationen. Soweit dieselben Anforderungen Spezialmaterial betreffen, das hauptsächlich von der Großindustrie hergestellt wird, erfolgt die Vergabe durch Fachverbände der Industrie, soweit es sich um Massenartikel handelt, an deren Herstellung auch Handwerk und Kleingewerbe beteiligt sind, wird die Lieferung durch eine Ausgleichsstelle auf einzelne Länder des Reiches verteilt. Sowohl die Länder als auch die Fachverbände übernehmen die Haftung für die tatsächliche Ausführung. Die Sachlieferungen sind zu Weltmarktpreisen zu berechnen. In welchem Umfang und in welcher Weise die Anrechnung der Sachlieferungen erfolgt, wird bei der Regelung der Wiedergutmachungsschuld bestimmt. Einer aus Sachverständigen bestehenden Kommission wird die Prüfung des Planes und seine Ausführung übertragen. Sodann heißt es weiter: Die deutsche Regierung weiß darauf hin, daß nach ihren Berechnungen die bis 1. Mai 1921 zu zahlenden 20 Milliarden Goldmark nicht nur schon geleistet sind, sondern daß bereits ein erheblich höherer Betrag gezahlt ist. Eine Regelung für die Zukunft kann nur nach der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit Deutschlands bemessen werden. Für das Maß der deutschen Leistungsfähigkeit verweist die deutsche Regierung auf die überreichten Denkschriften. Namentlich müsse Deutschland die notwendigen Lebensmittel, Futtermittel, Düngemittel und sonstige Rohstoffe zu angemessenen Zahlungsbedingungen einführen können. Die Entschädigungsmaßstäbe sind in Anknüpfung auszudrücken. Eine Mindestanzahl ist festzusetzen. Die Pflicht zur Zahlung von Anuitäten wird auf die im Vertrage von Versailles genannte Frist von 30 Jahren beschränkt. Die Mindestanzahl ist derart zu bemessen, wie es auf Grund der deutschen wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit irgend möglich ist. Sie umfaßt daher alle Verpflichtungen Deutschlands zu Sach- und Geldleistungen, insbesondere auch die Verpflichtung zur Erhaltung der Kosten der Okkupationsarmee. Die Anuitäten werden zum Teil durch Sachleistungen gedeckt. Diese Sachleistungen sind grundsätzlich zum Weltmarktpreise anzurechnen. Da die wirtschaftliche Entwicklung der nächsten 30 Jahre heute nicht zu überblicken ist, soll eine Bestimmung der alliierten Reparationen an einer wissenschaftlichen Bewertung der Finanz- und Wirtschaftslage Deutschlands vorgegeben werden. Hierfür soll ein Interdiktum ausgearbeitet werden. Es ist eine Höchstsumme zu bestimmen, nach deren Abtragung Deutschland von jeder weiteren Entschä-

digungspflicht frei wird. Für die Feststellung der Mindestanzahl sollen schnellstens Sachverständige beider Parteien zusammenzutreten. Die deutsche Regierung gibt die Anregung, den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete durch ein großes internationales Zielungsunternehmen vornehmen zu lassen. Der Plan ist folgendermaßen gedacht: Es wird ein internationales Syndikat von Unternehmern gebildet, an dem allen Staaten die Beteiligung offengehalten wird. Das Syndikat erhält die Aufgabe, die Aufräumung und den Aufbau der zerstörten Gebiete durchzuführen. Das Syndikat zieht Unternehmer und Arbeiter aus den alliierten und den neutralen Ländern heran. Alle Organisationen sind aufzubauen auf der Grundlage paritätischer Arbeitgemeinschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

### Die Verteilung der deutschen Entschädigung.

„Nation belge“ berichtet: Daß die Verhandlungen über die Verteilung der deutschen Entschädigung vorwiegend einer großen Fortschritt gemacht hätten. Zunächst sei Belgien der Anteil von 8 Prozent endgültig zuachanden worden unter den von ihm gestellten Bedingungen der Beibehaltung der Sceptrien und der Anerkennung des Marktabkommens. Belgien erhalte außerdem das Versprechen, 40 Prozent von den Sachlieferungen zu erhalten, zu denen Oesterreich und Ungarn durch den Friedensvertrag verpflichtet seien. Auch die Frage der Deckung der belgischen Priorität von zwei Milliarden Goldmark sei entschieden. Die Deckung geschehe dadurch, daß man Belgien gewisse Kredite abtrete, die Deutschland in mehreren fremden Staaten beziehe, und schließlich eine gewisse Summe aus dem Verkauf des in den deutschen Archiven befindlichen Kriegsmaterials. Nach einem Abkommen, dessen Unterzeichnung bevorstehe, werde die Deckung der Priorität am 1. Mai 1921 beendet sein. Wenige das nicht, so erhalte Belgien den Rest aus dem ersten Abschnitt der internationalen Anteile, die ihm bis zu 50 Prozent zufalle. Das Blatt berichtet weiter, daß man übereingekommen sei, daß zukünftig die Unterhaltungskosten für die Okkupationsarmee auf der Grundlage von 16 französischen Francs für den Kopf und Tag berechnet würden, während sie bisher 16 Frs. täglich für die amerikanischen und 35 Frs. für die englischen Soldaten betrugen. Belgien seien ferner sechs Schiffe von mittlerer Tonnage und sechs von unter 10 000 Tonnen, die von ihm als gute Frise erklärt wurden, sowie alle in Seebrüche und Obende an der Küste genommenen Schiffe zugeprochen worden, insgesamt 130 000 Tonnen. Diese 130 000 Tonnen sollten Deutschland bei der Entschädigung nicht angerechnet werden. Belgien fordere außerdem noch 200 000 Tonnen, die durch deutsche Unterseeboote verlornt wurden.

### Falsche französische Darstellung.

Von französischer Seite wird verbreitet, daß Deutschland durch die am 9. Juli erfolgte Unterzeichnung des Protokolls über die Entlassung sich der von den alliierten Mächten abgeforderten Befehle weiterer deutscher Gebietsteile, insbesondere des Ruhrgebietes ausdrücklich unterworfen habe. Die deutsche Delegation erklärt diese Auffassung für völlig unangehörig und den Tatsachen widersprechend. Die deutsch-seitige am Schluß des Protokolls abgegebene Erklärung besagt lediglich, daß die deutsche Regierung von der Entscheidung der alliierten Mächte Kenntnis nimmt und daß sie die Bestimmungen, soweit sie Deutschland betreffen, d. h. ihm positive Leistungen auferlegen, erfüllt erfüllen werde. Außerdem hat der Reichsminister Simons vor Unterzeichnung des Protokolls in der Sitzung der Konferenz ausdrücklich erklärt, daß die deutsche Delegation ihre Zustimmung zur angebotenen Befehle weiteren deutschen Gebietes nicht geben könne, wozu der britische Premierminister Lloyd George erwiderte,

Das eine beratige zustimmende Erklärung der deutschen Delegation weder erforderlich ist, noch auch von ihm erwartet werde, weil sich ihre Zustimmung lediglich auf die Deutschland auferlegten Verpflichtungen zu beziehen beabsichtigt. Der Präsident der Konferenz, Delacroix, hat diese Auffassung ausdrücklich bekräftigt. Wenn im offiziellen Bericht über die Sitzung vom 7. d. M. weiter gesagt wird, der britische Vizepräsident habe bemerkt, das Deutschland bereits im Protokoll vom 10. Januar 1920 seine Zustimmung zur Verwirklichung des Beschlusses gegeben habe und der deutsche Reichsführer dieser Auffassung zugestimmt habe, so ist hierzu Folgendes einzuverhandeln: Der Reichsführer hat sich mit dieser letzten Bemerkung des Herrn Lloyd George in seiner Weise einverstanden erklärt, sondern vielmehr den gleichen Standpunkt, wie der Reichsführer Simonis vertritt. Der Schlusspassus des Protokolls vom 10. Januar 1920 gab den Alliierten nur das Recht, bis zum Eintritt des Friedenshandels wegen bestimmter besetzter Gebiete militärische Maßnahmen einzuführen. Diese Einschränkung, die den Völkern völlig bedeutungslos machte, da der Friedenshandels unmittelbar nach Zeichnung des Protokolls durch die Ratifikation eintrat, ist in dem vorhergehenden Notenwechsel namens der Alliierten von Herrn Clemenceau schriftlich anerkannt worden. Die Alliierten können sich also auf dieses Protokoll nicht berufen.

#### Die Abtretung soll herabgesetzt werden.

In diplomatischen Kreisen verlautet, daß die deutsche Delegation in Spa die Absicht hat, von den Alliierten zu verlangen, die alliierte Besatzungsarmee im Rheinland herabzusetzen, um die Kosten, die durch diese Truppen verursacht werden und die Deutschland zu bezahlen hat, herabzumindern. Die deutschen Delegierten werden gleichfalls verlangen, daß Deutschland einige Mandate über seine ehemaligen Kolonien übertragen werden.

### Zur Abstimmung im Osten.

Zu dem bereits bekannten Abstimmungsergebnis ist nach zu bemerken, daß zehn Oststaaten mit polnischer Mehrheit im Kreise Alliierten als endlich geklärt gelten, da sie hart an der polnischen Grenze liegen. Die übrigen Orte mit polnischer Mehrheit liegen als wichtige Enklaven mitten in deutschem Gebiete.

Nach Beendigung der Abstimmung der letzten Ostpreußen, der gestern eingestellter wurde, ist der Dampfverkehr zwischen Soinemünde und Vilsau in der Richtung nach Vilsau wieder für den öffentlichen Verkehr freigegeben worden. Die Gegenrichtung wird jedoch bis zum 21. ds. Mts. für den öffentlichen Verkehr gesperrt, um die Rücküberführung der Abstimmungsberechtigten sicherzustellen.

Die preussische Staatsregierung erteilt an den Staatskommissar Freiherrn von Gahl in Allenstein und Staatskommissar Graf Dambösin in Marienwerder eine Rundschreibung, in der sie den Mitbürgern in dem ostpreussischen und westpreussischen Abstimmungsgebiete und besonders auch denen in Ermeland und Masurien, die ihrer Träne zum preussischen und deutschen Vaterlande so übermächtigen Ausdruck verliehen haben, ihren wärmsten Dank ausspricht. Der Reichspräsident hat an den Deutschen Schicksalsband in Berlin, sowie die deutschen Abstimmungsbeamten in Westpreußen und Ostpreußen Dank-Telegramme geschickt. Auch der Reichsführer Feilerbach hat aus Spa in einem Telegramm an den Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen den allerherzlichsten Dank der Reichsregierung ausgesprochen.

Das Abstimmungsergebnis in Ostpreußen beantragt die französische Presse lebhaft. Die polnische Delegation in Paris läßt erklären, sie erkenne das Abstimmungsergebnis nicht an, da Polen die notwendigen Wahlvorbereitungen nicht habe treffen können.

#### Zusammentritt des Reichstages am 26. Juli.

Die durch die Verhandlungen in Spa unterbrochenen Verhandlungen des Reichstages werden, wie die „Tel.-Union“ aus parlamentarischen Kreisen hört, am 26. Juli wieder aufgenommen und bis zum 6. August andauern. Es werden noch die wichtigsten Gesetze verabschiedet, außerdem Beschlüsse über die Ereignisse der deutschen Unterhändler mit den Vertretern der Entente in Spa herbeigeführt. Am 6. August soll dann die Vertagung des Parlaments bis September erfolgen.

#### Besprechung der Finanzminister.

Die Finanzminister von Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen und Thüringen waren zu einer zweitägigen Besprechung in Stuttgart versammelt, die die Ausarbeitung des Landeshaushalts zum Gegenstand hatte. Außerdem wurden finanzielle Fragen bezüglich des Überganges der Eisenbahnen auf das Reich beraten. Die Reichsverhältnisse der in die Reichseisenbahnverwaltung übergetretenen Verkehrsbeamten wurden besprochen.

#### Der Verrat der Cobdurger.

Der ehemalige deutsche Botschafter Graf Wedel veröffentlicht einen auffordernden Artikel über Völkerverdeutschung Sonderfriedensversuch vom Oktober 1918 und äßert dabei im Wortlaut einen Brief Kaiser Wilhelms an Kaiser Karl, in dem Kaiser Wilhelm seinen Bundesgenossen ermahnt, doch von seiner Sonderfriedensaktion, die im Augenblick die Interessen der Verbündeten aufs äußerste gefährden könnten, zurückzutreten. Er weist darauf hin, daß jetzt der Einbruch erwidert werden würde, daß die beiden Verbündeten, unrettbar seien. Je fester die Verbündeten zusammenstünden, desto eher sei es möglich, Friedensbedingungen zu erhalten, die mit der Ehre und den Interessen der beiden verbündeten Völker im Einklang ständen. Zum Schluß heißt es in dem Briefe: „Ich erwarte von Dir, daß Du Deine Regierung sofort veranlassen wirst, nur in vollen Einvernehmen mit der meinen die mit den Vereinigten Staaten eingeleiteten Verhandlungen fortzuführen.“ Graf Wedel erklärt zum Schluß noch: Kaiser Karl hatte unter verschiedenen Umständen schon längst mit dem Sonderfrieden und dem Bruch der Bundesstreue geduldet. Offiziell wurden diese im Oktober 1918 beschlossen und von Andrassy dann durchgeführt.

#### Die tschechische Verwaltung.

Ist einer polnisch-deutschen Kommission übertragen worden.

#### Umformung der Sicherheitswehr.

Wie die „Telegraphen-Union“ meldet, werden am Mittwoch die Oberpräsidenten der verschiedenen Provinzen sowie die Leiter der Sicherheitswehr in Berlin eintriften, um unter Leitung des Ministers Goering in eine besonders Konkrete einzutreten. Gegenstand der Verhandlungen bildet im wesentlichen die broschierende Umformung der Sicherheitswehr.

#### Die neue bayrische Regierung.

Die Bildung der neuen Regierung in Bayern ist nun zustande gekommen. Indem sich die fünf bürgerlichen Parteien zu einer Einheitsfront zusammengeschlossen haben, wird die neue Regierung im großen und ganzen die liberale Regierung sein. Die gesamte politische, wirtschaftliche und kulturelle Verantwortung liegt bei der bayerischen Volkspartei, dem früheren bayerischen Zentrum. Die übrigen Parteien bilden nur ein Korsett zu dieser Zentrumsmacht.

#### Schließung der Stellung Gernsheim.

Die letzte Sitzung der Reichsversammlung Gernsheim.

Das eine beratige zustimmende Erklärung der deutschen Delegation weder erforderlich ist, noch auch von ihm erwartet werde, weil sich ihre Zustimmung lediglich auf die Deutschland auferlegten Verpflichtungen zu beziehen beabsichtigt. Der Präsident der Konferenz, Delacroix, hat diese Auffassung ausdrücklich bekräftigt. Wenn im offiziellen Bericht über die Sitzung vom 7. d. M. weiter gesagt wird, der britische Vizepräsident habe bemerkt, das Deutschland bereits im Protokoll vom 10. Januar 1920 seine Zustimmung zur Verwirklichung des Beschlusses gegeben habe und der deutsche Reichsführer dieser Auffassung zugestimmt habe, so ist hierzu Folgendes einzuverhandeln: Der Reichsführer hat sich mit dieser letzten Bemerkung des Herrn Lloyd George in seiner Weise einverstanden erklärt, sondern vielmehr den gleichen Standpunkt, wie der Reichsführer Simonis vertritt. Der Schlusspassus des Protokolls vom 10. Januar 1920 gab den Alliierten nur das Recht, bis zum Eintritt des Friedenshandels wegen bestimmter besetzter Gebiete militärische Maßnahmen einzuführen. Diese Einschränkung, die den Völkern völlig bedeutungslos machte, da der Friedenshandels unmittelbar nach Zeichnung des Protokolls durch die Ratifikation eintrat, ist in dem vorhergehenden Notenwechsel namens der Alliierten von Herrn Clemenceau schriftlich anerkannt worden. Die Alliierten können sich also auf dieses Protokoll nicht berufen.

In Wien berichtet, daß in Budapest sich 200 hussarische Offiziere befinden, welche nach dem Kampf-Buch nach Budapest geschickt sind. Sie haben sich in zwei Offizierskompanien organisiert und beziehen im Offiziersquartier von einem monarchistischen Fond in Prag. Genaue Details sind in Ungarn nahe der tschechischen Grenze eine harte Gruppe monarchistischer Offiziere, die aus einem ähnlichen Fond bezahlt werden. Es ist also klar, daß Ungarn für die monarchistischen Streitkräfte Mittel-europas ein Hof bietet.

### Generalstreik in Deutsch-Böhmen.

Ueber ganz Deutsch-Böhmen ist der Generalstreik erklärt worden. Der Grund dazu ist zunächst in dem hundertfachen Hungerstreik zu suchen, dann aber findet er auch seine Begründung darin, daß die tschechisch-böhmische Regierung durch ihr Kriegsbeteiligungs die deutschen Kriegsanleiher, die dem tschechischen Staat überantwortet wurden, die Verschärfung der Hungernot scheint in enger Verbindung mit der Boykottaktion gegen Ungarn zu stehen.

### Friedensangebot an Polen.

Wie Reuters meldet, haben die Alliierten der Sowjetregierung den Abschluß eines Waffenstillstandes mit Polen vorgeschlagen auf Grund der Voraussetzung, daß die Polen sich innerhalb ihrer rechtmäßigen Grenzen zurückziehen. Dem Waffenstillstand würde dann eine Friedenskonferenz aller Verbündeten folgen. Wenn die Sowjetregierung ablehnt, oder wenn sie die Polen innerhalb ihrer eigenen Grenzen angreift, so werden die Alliierten Polen volle Unterstützung zuteil werden lassen.

Die Pariser Morgenblätter veröffentlichen eine Meldung des „Telegraph“, nach der von der Regierung in Moskau mitgeteilt wurde, die Sowjetregierung sei bereit, die Offensiven gegen die Polen einzustellen, wenn sie die Sowjetregierung anerkennen und eine Friedenskonferenz einberufen würden.

### Entwaffnung der Türken.

Die Engländer haben die türkischen Truppen in Konstantinopel entwaffnet.

### Die überfüllten Universitäten.

Die Zahl der deutschen Studierenden hat sich im Laufe der Kriegsjahre fast verdoppelt und man kann sie heute wohl auf circa 120.000 bemessen. Diese ungeheure Zunahme findet ihre Ursache nach den „Abd. Nachr.“ der Universität Leipzig erstens in der durch den Krieg herbeigeführten Ansammlung von Studenten, zweitens in der großen Zahl jener Studenten, die in Friedenszeiten gar nicht ein Studium in Betracht gezogen hätten, durch die weitgehenden Erleichterungen des Abiturlandes aber sich zum Studium verlocken lassen, und drittens in der großen Menge der zu einem neuen Beruf gezwungenen aktiven Offiziere. Auf diese Weise wird in allen Fakultäten — höchstens mit Ausnahme der theologischen — ein Ueberfluß von Akademikern herangebildet, der in gar keinem Verhältnis zur Nachfrage steht. Um dieser Ueberfüllung der akademischen Berufe Einhalt zu tun, müssen vor allem die Berufsberatungstellen weiter ausgebaut werden und ihre Tätigkeit muß schon in der Schule, nicht erst in den Universitäten, beginnen. Ferner ist die weitere Schaffung von großartigen akademischen Arbeitsstätten und Unterstützungsstellen sowie der gemeinnützigen Zusammenfassung der Akademiker eine zwingende Forderung. Die hohe Wertung der manuellen Arbeit gegenüber der geistigen ist sicher nicht nur ein vorübergehendes Zeichen der Zeit, sondern wird immer mehr zunehmen und die Ausbilder für die Akademiker als die billige Arbeitskraft immer trüber gehalten. Jeder Handwerker würde nur mit Wohlwollen die Angebote lesen, die man dem Arbeiter zu machen wagt und die nur durch das große Ueberangebot und das bisherige Fehlen einer jeden Organisation möglich geworden sind. Auch die Aufforderung zu ehrenamtlicher Tätigkeit muß seitens der Akademiker energisch zurückgewiesen werden. Das Wort Student ist heutzutage nicht mehr mit der Vorstellung jugendlichen Frohsinn und Uebermut beknüpft, wohl aber nur zu häufig mit dem Begriffe ärmlichen Arbeitens und Sorgens.

### Tagesgeschichte.

#### Frankreich.

Der Ernennung Laurents zum Vizepräsidenten in Berlin hat der Sozialist Barth eingebracht. Die Sozialisten erörtern in ihm einen Großkapitalisten, der mit der Berliner Finanzverwaltung zusammenarbeiten möchte.

Der schärfste Gesundheitszustand bei französischen Präsidenten. In parlamentarischen Kreisen ist man seit einigen Tagen in Sorge über den Gesundheitszustand des Präsidenten der Republik und die Folgen, die eine längere Dauer der Krankheit des Präsidenten haben könnte. Zahlreiche Senatoren und Delegierten sind der Ansicht, daß diese Lage einer Dringlichkeit durch die Regierung und das Parlament unterzogen werden sollte.

#### Amerika.

Die amerikanischen Zeitungen veröffentlichen eine Erklärung des demokratischen Präsidenten Wilson, nach welcher er, um sein den Soldaten gegebenes Wort zu halten, für die Ratifizierung des Friedens- und des Biltmoreschen Vertrages, einschließlich Artikel 20, unter folgenden Bedingungen eintrifft: 1. Unterzeichnung eines Protokolls, nach welchem die Mächte erklären, sich einzeln zur Aufrechterhaltung des Friedens zusammenzuschließen; 2. eine Erklärung in Sachen der Biltmoreschen Verträge, daß sich der amerikanische Kongress das Recht zur Ratifizierung vorbehaltet und daß ein Einverständnis des Biltmoreschen Vertrages von den Vereinigten Staaten nur insofern angenommen werde, als er nicht gegen die Verfassung der Vereinigten Staaten verstoße.

### Deutsches und Sächsisches.

#### Miela, den 18. Juli 1920.

Der Grenzpendent am 10. Inst hat hier eine Gesamteinahme von 2888,30 Mark ergeben. Die Straßensammlung erbrachte 1715,30 Mark, die Hausammlung 2190,70 Mark. Daraus kommt noch der Ueberfluß von Besatzungsbesatz der Ortsgruppe Miela vom Deutschen Sängerkreis am 3. Inst im Stadtort in Höhe von 1400 Mark.

Wiederbesuch. In der Nacht zum 13. ds. Mts. wurden einem Gutsbesitzer in Detrans 3 Pferde gestohlen, 1 Fuchs mit Stroh, 7 Jahre alt, und 1 Kanarienvogel, 1 Jahr alt. In Frage kommt ein Mann, 1,60 groß, schlank, schmutzfarbener Gesicht, braunhaarig.

Das eine beratige zustimmende Erklärung der deutschen Delegation weder erforderlich ist, noch auch von ihm erwartet werde, weil sich ihre Zustimmung lediglich auf die Deutschland auferlegten Verpflichtungen zu beziehen beabsichtigt. Der Präsident der Konferenz, Delacroix, hat diese Auffassung ausdrücklich bekräftigt. Wenn im offiziellen Bericht über die Sitzung vom 7. d. M. weiter gesagt wird, der britische Vizepräsident habe bemerkt, das Deutschland bereits im Protokoll vom 10. Januar 1920 seine Zustimmung zur Verwirklichung des Beschlusses gegeben habe und der deutsche Reichsführer dieser Auffassung zugestimmt habe, so ist hierzu Folgendes einzuverhandeln: Der Reichsführer hat sich mit dieser letzten Bemerkung des Herrn Lloyd George in seiner Weise einverstanden erklärt, sondern vielmehr den gleichen Standpunkt, wie der Reichsführer Simonis vertritt. Der Schlusspassus des Protokolls vom 10. Januar 1920 gab den Alliierten nur das Recht, bis zum Eintritt des Friedenshandels wegen bestimmter besetzter Gebiete militärische Maßnahmen einzuführen. Diese Einschränkung, die den Völkern völlig bedeutungslos machte, da der Friedenshandels unmittelbar nach Zeichnung des Protokolls durch die Ratifikation eintrat, ist in dem vorhergehenden Notenwechsel namens der Alliierten von Herrn Clemenceau schriftlich anerkannt worden. Die Alliierten können sich also auf dieses Protokoll nicht berufen.

In Wien berichtet, daß in Budapest sich 200 hussarische Offiziere befinden, welche nach dem Kampf-Buch nach Budapest geschickt sind. Sie haben sich in zwei Offizierskompanien organisiert und beziehen im Offiziersquartier von einem monarchistischen Fond in Prag. Genaue Details sind in Ungarn nahe der tschechischen Grenze eine harte Gruppe monarchistischer Offiziere, die aus einem ähnlichen Fond bezahlt werden. Es ist also klar, daß Ungarn für die monarchistischen Streitkräfte Mittel-europas ein Hof bietet.

### Generalstreik in Deutsch-Böhmen.

Ueber ganz Deutsch-Böhmen ist der Generalstreik erklärt worden. Der Grund dazu ist zunächst in dem hundertfachen Hungerstreik zu suchen, dann aber findet er auch seine Begründung darin, daß die tschechisch-böhmische Regierung durch ihr Kriegsbeteiligungs die deutschen Kriegsanleiher, die dem tschechischen Staat überantwortet wurden, die Verschärfung der Hungernot scheint in enger Verbindung mit der Boykottaktion gegen Ungarn zu stehen.

### Friedensangebot an Polen.

Wie Reuters meldet, haben die Alliierten der Sowjetregierung den Abschluß eines Waffenstillstandes mit Polen vorgeschlagen auf Grund der Voraussetzung, daß die Polen sich innerhalb ihrer rechtmäßigen Grenzen zurückziehen. Dem Waffenstillstand würde dann eine Friedenskonferenz aller Verbündeten folgen. Wenn die Sowjetregierung ablehnt, oder wenn sie die Polen innerhalb ihrer eigenen Grenzen angreift, so werden die Alliierten Polen volle Unterstützung zuteil werden lassen.

Die Pariser Morgenblätter veröffentlichen eine Meldung des „Telegraph“, nach der von der Regierung in Moskau mitgeteilt wurde, die Sowjetregierung sei bereit, die Offensiven gegen die Polen einzustellen, wenn sie die Sowjetregierung anerkennen und eine Friedenskonferenz einberufen würden.

### Entwaffnung der Türken.

Die Engländer haben die türkischen Truppen in Konstantinopel entwaffnet.

### Die überfüllten Universitäten.

Die Zahl der deutschen Studierenden hat sich im Laufe der Kriegsjahre fast verdoppelt und man kann sie heute wohl auf circa 120.000 bemessen. Diese ungeheure Zunahme findet ihre Ursache nach den „Abd. Nachr.“ der Universität Leipzig erstens in der durch den Krieg herbeigeführten Ansammlung von Studenten, zweitens in der großen Zahl jener Studenten, die in Friedenszeiten gar nicht ein Studium in Betracht gezogen hätten, durch die weitgehenden Erleichterungen des Abiturlandes aber sich zum Studium verlocken lassen, und drittens in der großen Menge der zu einem neuen Beruf gezwungenen aktiven Offiziere. Auf diese Weise wird in allen Fakultäten — höchstens mit Ausnahme der theologischen — ein Ueberfluß von Akademikern herangebildet, der in gar keinem Verhältnis zur Nachfrage steht. Um dieser Ueberfüllung der akademischen Berufe Einhalt zu tun, müssen vor allem die Berufsberatungstellen weiter ausgebaut werden und ihre Tätigkeit muß schon in der Schule, nicht erst in den Universitäten, beginnen. Ferner ist die weitere Schaffung von großartigen akademischen Arbeitsstätten und Unterstützungsstellen sowie der gemeinnützigen Zusammenfassung der Akademiker eine zwingende Forderung. Die hohe Wertung der manuellen Arbeit gegenüber der geistigen ist sicher nicht nur ein vorübergehendes Zeichen der Zeit, sondern wird immer mehr zunehmen und die Ausbilder für die Akademiker als die billige Arbeitskraft immer trüber gehalten. Jeder Handwerker würde nur mit Wohlwollen die Angebote lesen, die man dem Arbeiter zu machen wagt und die nur durch das große Ueberangebot und das bisherige Fehlen einer jeden Organisation möglich geworden sind. Auch die Aufforderung zu ehrenamtlicher Tätigkeit muß seitens der Akademiker energisch zurückgewiesen werden. Das Wort Student ist heutzutage nicht mehr mit der Vorstellung jugendlichen Frohsinn und Uebermut beknüpft, wohl aber nur zu häufig mit dem Begriffe ärmlichen Arbeitens und Sorgens.

### Tagesgeschichte.

#### Frankreich.

Der Ernennung Laurents zum Vizepräsidenten in Berlin hat der Sozialist Barth eingebracht. Die Sozialisten erörtern in ihm einen Großkapitalisten, der mit der Berliner Finanzverwaltung zusammenarbeiten möchte.

Der schärfste Gesundheitszustand bei französischen Präsidenten. In parlamentarischen Kreisen ist man seit einigen Tagen in Sorge über den Gesundheitszustand des Präsidenten der Republik und die Folgen, die eine längere Dauer der Krankheit des Präsidenten haben könnte. Zahlreiche Senatoren und Delegierten sind der Ansicht, daß diese Lage einer Dringlichkeit durch die Regierung und das Parlament unterzogen werden sollte.

#### Amerika.

Die amerikanischen Zeitungen veröffentlichen eine Erklärung des demokratischen Präsidenten Wilson, nach welcher er, um sein den Soldaten gegebenes Wort zu halten, für die Ratifizierung des Friedens- und des Biltmoreschen Vertrages, einschließlich Artikel 20, unter folgenden Bedingungen eintrifft: 1. Unterzeichnung eines Protokolls, nach welchem die Mächte erklären, sich einzeln zur Aufrechterhaltung des Friedens zusammenzuschließen; 2. eine Erklärung in Sachen der Biltmoreschen Verträge, daß sich der amerikanische Kongress das Recht zur Ratifizierung vorbehaltet und daß ein Einverständnis des Biltmoreschen Vertrages von den Vereinigten Staaten nur insofern angenommen werde, als er nicht gegen die Verfassung der Vereinigten Staaten verstoße.

### Deutsches und Sächsisches.

#### Miela, den 18. Juli 1920.

Der Grenzpendent am 10. Inst hat hier eine Gesamteinahme von 2888,30 Mark ergeben. Die Straßensammlung erbrachte 1715,30 Mark, die Hausammlung 2190,70 Mark. Daraus kommt noch der Ueberfluß von Besatzungsbesatz der Ortsgruppe Miela vom Deutschen Sängerkreis am 3. Inst im Stadtort in Höhe von 1400 Mark.

Wiederbesuch. In der Nacht zum 13. ds. Mts. wurden einem Gutsbesitzer in Detrans 3 Pferde gestohlen, 1 Fuchs mit Stroh, 7 Jahre alt, und 1 Kanarienvogel, 1 Jahr alt. In Frage kommt ein Mann, 1,60 groß, schlank, schmutzfarbener Gesicht, braunhaarig.

deren Verhandlungen nach § 25 der Anlage zu Artikel 200 des Friedensvertrages als nicht ausgleichsbilig angesehen wird und die Gewinnerläufte bei der Verfolgung ihrer nicht ausgleichsbiligen Forderungen befristet, sich von der Zwangsliquidation des Reichsausgleichsamtes weigern, ...

Wahrung von Lebensversicherungs-... Fällen zur Bekämpfung der nebenberuflichen Tätigkeit im Handwerk. In fast allen Städten Sachsens haben sich jetzt Lebensversicherungsvereine zur Bekämpfung der nebenberuflichen Tätigkeit gebildet. Diese Vereine betreiben folgende Tätigkeit, die auch Bestimmungen über die Werbung an die Gewerbetreibenden zur Erleichterung der milden Gewerbebetriebe nach dem Erlaß des Reichsministers der Finanzen vom 31. März 1920 enthält: § 1: In ... hat sich nach Verhandlungen zwischen dem Gewerkschaftsrat, dem Innungsausschuß (des Ortsausschuß des Handwerks) und nach Verständigung der Industriellen Verbände ein gewerblicher Lebensversicherungsverein mit dem Sitze in ... gebildet. § 2: Dieser Verein hat den Zweck, unter gewerbepolitischen Mitwirkung die fröhliche Einbindung des Arbeitenden in den gewerblichen Betrieb zu überwinden und zu verhindern, daß Beschäftigte zum Nachteil derjenigen, die ohne Gewerbetätigkeit sind, sowie der Unternehmer, außerhalb der schuldigen Arbeitszeit einer Nebenbeschäftigung nachgeben. § 3: Das soll erreicht werden: 1. durch häufige Lebensversicherung aller Betriebe und sonstigen Arbeitstätigkeiten; 2. durch Festsetzungen der dem Zwecke entsprechenden Handlung im Wege des gegenseitigen Austausches; 3. durch Ermahnungen und Bestrafungen derjenigen, die durch ihre Handlungsmittel der Durchführung des Zweckes widersprechen; 4. dadurch, daß beim Abschluß von Tarifverträgen für die Durchführung des Zweckes entsprechende Bestimmungen in diese, besonders auch über eventuelle Befristungen der Nichtbeachtung solcher Tarifverträge, Vereinbarungen erwirkt werden; 5. durch Befestigung aller Nebenarbeiten der vollbeschäftigten Gehilfen und Arbeiter; 6. Werbung des milden Gewerbebetriebs an die zuktändigen Steuerstellen. § 4: Die Zusammenfassung dieses Vereins ist paritätisch. Er wird gebildet aus 5 Arbeitnehmern und 5 Arbeitgebern. Wenn Nebenbeschäftigungen, die gegen die Durchführung des Zweckes gerichtet sind, bekannt werden, so sind sie dem Vorstand des Vereins mitzuteilen, der hierauf mit dem Ausschuss alles weitere veranlaßt. § 5: Alle Beteiligten sind verpflichtet, die Durchführung des verfolgten Zweckes zu fördern und hierbei den Ausschuss in jeder Hinsicht zu unterstützen. § 6: Entschädigungen für die Sigungen und notwendigen Arbeiten für hierdurch veräußerte Arbeitszeit usw. werden, soweit sie von den Ausschussmitgliedern beantragt werden, die dem Kreise der Arbeitgeber angehören, von der Gruppe Arbeitgeber, oder, soweit sie Arbeitnehmer sind, vom Gewerkschaftsrat getragen. § 7: Die Mitglieder erhalten einen behördlich beglaubigten Ausweis, den sie in gegebenem Falle auf Verlangen vorzuzeigen haben.

Der Bund Deutscher Mietervereine hat auf seiner Bundestagung in Dresden folgende Forderungen aufgestellt: Verbot der Verdrängung von Wohnraum durch den Verkauf von Urteilen und anderen Vollstreckungstiteln, solange dem betreffenden Mieter eine andere angemessene Wohnung noch nicht zur Verfügung steht, Verbot von Räumungsverkauf in allen Fällen, in denen nicht ein schwerer Verschulden des Mieters vorliegt, Ausgestaltung der Mietverhältnisse, soziale Ausgestaltung des Mietrechts des Bürgerlichen Gesetzbuches, reichsgerichtliche Regelung der Höchstmieten und im Hinblick auf die stetig anwachsende Wohnungsnot die schärfste Erlassung aller verfügbaren Wohnraumes unter weitestgehender Rationalisierung aller irgendwie für Wohnzwecke verwendbaren Räume. Eingaben an Behörden sollen erfolgen zur Verhinderung des Wuchers mit Zimmern in Hotels und Pensionen, zur Abordnung von Mietverweirern in den Reichswirtschaftsrat, zur Sozialisierung des Boden- und Wohnungswesens, sowie zur Festlegung des Mietzinses.

Unter diesem Stichwort schreibt Wolffs Sachverständigenrat, in den letzten Tagen in den Zeitungen eine Notiz erschienen, nach der an Altpräsidenten und Altminister bis zu her in Aussicht stehenden Neuregelung ihrer Pensionen 50 v. H. der bisherigen als Voranschlag geschätzt werden sollen. Um Mißverständnisse vorzubeugen, wie sie seither schon aus Anlaß ähnlicher, die Ruhehändler und Hinterbliebenen aus dem Reichs- und Preussischen Staatsdienst betreffenden Bekanntmachungen sehr zahlreich hervorgetreten sind, wird darauf hingewiesen, daß sich die eingangs erwähnte Notiz nur auf Reichsbeamte, Offiziere und Hinterbliebenen solcher bezieht. Für die Ruhehändler usw. aus dem sächsischen Staats- und Schuldienst ist eine solche Maßnahme bisher nicht beschlossen worden. Die Neuregelung der Bezüge dieser Beamten und ihrer Hinterbliebenen (nicht auch der emerit. Gehilfen und Hinterbliebenen von Gehilfen) ist mit Rückwirkung vom 1. April 1920 ab durch Gesetz vom 21. Mai 1920 verfügt. Sie befindet sich in Bearbeitung. Bei der großen Anzahl der Empfängerberechtigten und der in vielen Fällen nötigen getrennten Feststellungen wird bis zu ihrem Abschluß noch einige Zeit vergehen. Um aber der Notlage abzuhelfen, soll demnächst noch im Laufe dieses Monats ein voller Monatsbetrag der seitberigen Bezüge unter Kürzung des Abzugs der Einkommensteuerabzuges gewährt werden. Nach Abschluß der Neuregelung wird jedem Empfänger eine Mitteilung über die neuen Bezüge und den Auslaß mit den seitberigen vom 1. April 1920 an zugehen.

Gesellschaftlicher Vertrag der Arbeitgeberverbände. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände — die zusammenfassende Gesamtorganisation der Arbeitgeber — hielt am 8. und 10. Juli ihre Geschäftsleiterkonferenz in

Wespen ab. Diese war besucht von fast 100 Vertretern aus allen maßgebenden Arbeitgeberverbänden aus allen Teilen des Reichs. Die Beratungen, deren Leitung in den Händen des Bundes der Arbeitgeber, Dr. Zähler, lag, erstreckten sich auf die wichtigsten Fragen der Tarif- und Sozialpolitik, der Organisations- und praktischen Verbandsarbeit und ergaben als Ergebnis eine Uebereinstimmung der Ansichten hinsichtlich der Stellungnahme und des weiteren Verhaltens insbesondere auf alle folgenden Fragen.

Lehrplangestaltung und Lehrlingshaltung. Der Landesauschuß des sächsischen Handwerks macht die Landesverbände der Handwerker darauf aufmerksam, daß der Kampf um die tarifliche Regelung des Lehrlingswesens von den Gewerkschaften mit einer Schärfe und Jähigkeit, trotz der gegenteiligen Anweisungen des Reichsarbeitsministers, geführt werde, daß die große Gefahr besteht, daß sie dem Handwerke doch mit der Zeit entzogen werde. — Der Landesauschuß des sächsischen Handwerks habe selbst in zwei Fällen Innungen hinsichtlich der dem Schlichtungsausschuß zur Herbeiführung einer prinzipiellen Einigung erlassenen Beschlüsse und Forderungen eigener Erlassung, wie ungeheuer schwer es sei, die tarifliche Regelung zu verhindern. Die Aussicht auf eine Behauptung des guten Namens des Handwerks bestehe aber nur dann, wenn auch die Innungen auf Grund der Mitteilung des Reichsarbeitsministers ihren Verpflichtungen voll nachkommen und im Zusammenwirken mit dem Gesellenauschuß sowohl die Lehrlingshaltung, als auch die Lehrlingsentschädigung regeln. — Es sei daher den Berufsverbänden dringend zu raten, Richtlinien für die angelegentlichsten Innungen aufzustellen und diese zur schleunigen Durchführung zu veranlassen im Zusammenwirken mit den zuktändigen Gewerkschaften. Hierbei sei auf folgende Erklärung des Reichsarbeitsministers zu verweisen: „Für die Regelung des Lehrlingswesens im Handwerk hat die Gewerbeordnung in den §§ 81, 82, 83 den Innungen, §§ 103e, 103g den Handwerkskammern die Befugnisse zugewiesen. Soweit diese Vorschriften von den Innungen geübt werden, ist für die in ihren Bestimmungen geregelten Angelegenheiten ein Sonderabkommen durch Einzelvertrag oder durch Tarifabkommen unzulässig, für die nicht von den Vorschriften der Handwerkskammern oder Innungen erlassenen Verordnungen kann dagegen ein Tarifvertrag abgeschlossen werden.“ — Eine grundsätzliche Neuregelung der Lehrlingsentschädigung werde sich vor allen Dingen deshalb notwendig machen, da auch die Lehrlingsentschädigung vermindert werden müsse und dem 10 Prozentigen Abzug unterliege. In den meisten Berufen werde dann der Lehrling in Kost und Logis bedeutend mehr Steuern bezahlen müssen als derjenige, der zu Hause wohne und nur eine Entschädigung erhalte.

Dresden. In den letzten Tagen ist es auch in Dresden zu Unruhen wegen der hohen Preise für Obst und wegen des völligen Fehlens von Kartoffeln gekommen. Gestern vormittag erging eine nach vielen Hunderten zählende Menge, in der sich besonders viele Frauen befanden, die Senkung der Preise für Obst und für neue Kartoffeln in der Hauptmarkthalle und der Markthalle am Antonplatz in Dresden. Die Behörden zogen es vor, nicht einzuschreiten; ein Kanonenbeschuss war nur gegen etwaige Plünderungen ausgerufen. Das Obst mußte um ein Drittel, neue Kartoffeln um drei Viertel niedriger verkauft werden. Die Behörden waren im Au gerückt. Die Dresdner Lebensmittelbehörde hat die Angehörigen der Demonstration aufgefordert, an den Sitzungen des Ernährungsbeirates teilzunehmen.

Dresden. Vorgehen fanden mehrere Rundgebungen der Angeleitertenverbände statt, wobei von der Regierung gefordert wurde, eine Kontrollstelle zu schaffen, die unter Hinzuziehung der Gewerkschaften die unumgängliche Notwendigkeit etwaiger Betriebsbeschränkungen und Stilllegungen zu prüfen habe. Bevor diese Beschränkungen nicht abgeschlossen seien, dürften keine Räumigungen erfolgen. Die Angeleiterten weisen auf den Ernst der Situation hin und lehnen die Verantwortung für die Konsequenzen ab, die sich aus Betriebsbeschränkungen und -einstellungen ergeben. Bauen. In Remmich (Loth) der 20 Jahre alte Arbeiter Paul Schönfelder mit einem Infanterieregiment, das er als Mitglied der Einwohnerversammlung erhalten hatte, auf seinen ehemaligen Schul Kameraden und Mitarbeiter, den 20 Jahre alten Sohn Albin des Wirtschaftsbekkers Wunderlich. Letzterer hatte seine Braut heimgeführt, als er auf dem Nachhauseweg durch einen Schuß niedergestreckt wurde.

Wespen. In dem Bergwerksrevier von Weissenfels, Raumburg, Meuselwitz und Borna ist, wie die Abendblätter melden, nach einem Beschluße der Streikleitung und der freien Gewerkschaften, die in Halle eine Verbreitung hatten, heute der Ausstand auf allen Gruben für beendet erklärt worden. Man will durch eine Abordnung mit der Regierung über den Steuerabzug verhandeln. Die Festsätze an die Bergleute soll in bar verlangt werden. Die 22000 Mann starke Bergarbeiter der Borna-Werke hat den linksradikalen Seite betriebenen Generalstreik abgelehnt.

### Neueste Nachrichten und Telegramme vom 18. Juli 1920.

**Zur Konferenz in Spa.**  
Spa. Die gestrige Sitzung der Konferenz wurde gegen 6 Uhr geschlossen und eine neue Sitzung am heute 4 1/2 Uhr angeht. Die gemischte Kommission trat heute vormittag 11 Uhr zum ersten Male zusammen.  
Paris. Wie der Korrespondent des „Temps“ aus Spa berichtet, soll bei der gestrigen Beratung der allierten Vertreter Lloyd George lebhaft darauf bestanden haben,

daß man die Aufgabe bis zu Ende durchführe. Unter diesen Umständen werde die Konferenz vielleicht noch die ganze Woche dauern. Einige Mitglieder sprechen von zweitägiger Unterbrechung der Verhandlungen, um die deutschen Vorkämpfe in der Zwischenseit im Wiedergutmachungsausschuß prüfen zu lassen.

Spa. (Antik.) Die von einer Nachrichtenagentur gebrachte Meldung, der Reichskanzler oder Reichsminister Dr. Simons habe an den Generalsekretär der Konferenz oder ein anderes Mitglied der Konferenz ein Schreiben geschickt, in dem er sich wegen der Rede des Herrn Stinnes vom Sonnabend entschuldigt hätte, ist unrichtig. Der Reichsminister Dr. Simons hat gelegentlich eines Besuchs mit dem Generalsekretär der Konferenz auf dessen Frage wiederholt, was er schon vor der Rede des Herrn Stinnes in der Konferenz erklärt hatte, nämlich daß diese Rede nicht mit ihm verbindlich worden sei und daß er deshalb für ihre Form keine formelle Verantwortung trage.

**Wiederaufnahme eines Pressevertreters.**  
Berlin. Meldungen aus Köln berichten, daß der Vertreter des SPD in Spa gestern abend von ausgedehnter betrunkenen Zuständen schwer mißhandelt worden ist. Amerikanische Zeitungsreporter hätten ihn vor weiteren Mißhandlungen geschützt. Ueber die Einzelheiten des Vorfalls liegen noch keine Nachrichten vor.

**Die kritische Lage.**  
Berlin. Wie die „B. Z.“ aus Spa erzählt, verhalten die deutschen Delegierten und noch mehr die deutschen Sachverständigen durchaus nicht, daß die Lage der Konferenz wieder sehr kritisch geworden ist. Die Deutschen erwarten, daß in der heutigen Sitzung Willkür die Konferenz unzulässig wieder diktiert werden sollen. Ob die Deutschen ein solches Zwangsprotokoll unterschreiben werden, kann zur Stunde nicht gesagt werden. Die deutschen Sachverständigen erklären, daß alle Drehungen und Wendungen der Alliierten nur über sie seien. Sie halten die Konferenz für endgültig verfehlt. Man muß jedenfalls mit der großen Möglichkeit rechnen, daß sich die Deutschen heute von der Konferenz zurückziehen. Die englischen Delegierten glauben zwar, daß man auch noch über diese Klippe hinwegkommen kann, und sie versprechen sich sehr viel von Lloyd Georges Anwesenheit, die Franzosen dagegen denken viel eher über die Krise.

**Auflösung der Marine.**  
Berlin. Die Auflösung der 2. Marinebrigade ist seit dem 31. Mai, die der 3. Marinebrigade seit dem 20. Juni vollendet. Das Personal der Brigaden ist zum größten Teil entlassen worden; nur das Rekrutpersonal ist auf den 15000-Mann-Stab der Reichsmarine übernommen worden.

**Keine Grenzfestlegung vor der Volksabstimmung.**  
Deutsch. Der Sonderberichterstatter der „Ostdeutschen Morgenpost“ meldet: Auf eine Beschwerde der Bevölkerung dreier Dörfer im Kreise Ratibor gegen die Abfuhr der internationalen Grenzregulierungskommission, diese der Tschado-Slowakei einzuverleihen, hat General de Koub die Vorkonferenz entschieden, daß die tschechoslowakische Grenze in der Gegend von Hatich, Omschütz und Schandau nicht vor der Volksabstimmung in Oberschlesien endgültig festgelegt werden dürfe.

**Die Umformung der Sicherheitspolizei in Oberschlesien.**  
Göndenburg. Der Telegraphen-Union wird von militärischer Seite über die geplante Umformung der Sicherheitspolizei mitgeteilt: Die nichtoberoffizierlichen Beamten müssen Oberschlesien verlassen; an ihre Stelle treten Oberschlesier, auch polnische Gesinnung. Gruppen- und Abteilungscommandeure werden interalliierte Offiziere, evtl. bleiben die bisherigen Commandeure; dazu kommen interalliierte Kontrolloffiziere. Führer der Hundertschaften sollen Oberschlesier bleiben, doch tritt zu jeder Hundertschaft ein Offizier zwecks Ueberwachung der Ausführung der von der Regierung gegebenen Befehle. Die neue Abteilungs- und Gruppenpolizei untersteht in Fragen der Bekleidung, Besoldung usw. dem militärischen Gouvernement, in Fragen der Verwendung den zivilen Parlamenten und dem Kreis-kontrollrat. Die Umformung ist in nächster Zeit zu erwarten.

**Italienisch-jugoslawischer Zwischenfall.**  
Lafbach. In Spalato kam es gestern zu großen Demonstrationen der Volksmenge gegen die Italiener. Zwei italienische Soldaten des in den östlichen italienischen Kriegsschiffes „Buglia“ sollen jugoslawische Fahnen herunter gerissen haben. Die Demonstrationen führten schließlich zu Schießereien zwischen den Matrosen des Kriegsschiffes und jugoslawischen Gendarmen. Auf Seiten der Jugoslawen wurde ein Mann getötet und mehrere schwer verletzt; auf Seiten der Italiener der Kommandant des Schiffes, Fregattenkapitän Gullit, sowie ein Steuermann getötet und mehrere Matrosen leicht verletzt. Im Hafen sind weitere italienische Kriegsschiffe eingetroffen. Der Kommandant der italienischen Flotte in Spalato, der amerikanische Admiral Andres, hat eine strenge Untersuchung eingeleitet. Die Demonstrationen in Spalato dauern fort.

**Bolschewistischer Angriff auf Brest-Litowsk.**  
Breslau. Nach einer hier eingelaufenen Nachricht werden die Offiziere von Brest-Litowsk von schweren bolschewistischen Artillerie beschossen.  
**Bedingungen für Friedensvermittlung zwischen Polen und Sowjetrußland.**  
Paris. Der Oberste Rat verpflichtet sich, zwischen Polen und Sowjetrußland zu vermitteln, wenn Polen ihnen die Grenzfestlegungen bedingungslos überläßt und die polnischen Truppen sich auf die Linie

### Im Weg und Ziel.

Original-Noman von Margarete Wolff-Heber.

20. Fortsetzung.

„Danke. Ich werde es befehlen. Meine Mutter wird Ihnen sicherlich beistehen.“  
Das alles sagte sie, weil sich der alte Wiedenkamp herandrängte und auch Frau Bürgermeister Doktor Köhler und noch andere, die sich verabschieden wollten.  
Dann waren sie alle gegangen, auch die beiden Wiedenkamp, und Inge hatte Kopfschmerzen vorgeschickt und sich in ihr Zimmer zurückgezogen.  
Da sah sie hinter der Gardine verdeckt am Fenster und wartete, bis der Wagen vorüberfuhr, der Leberecht Wiedenkamp zur Bahn brachte. „Selbst nicht solange“, flüchelte sie leise. Sie machte sich vor sich selber.

Am Tage darauf ließ sich Inge zur Wiltensbunde zum Wiedenkamp hinaufdrängen. „Ich habe in einer Verlegenheitsangelegenheit mit Frau Wiedenkamp zu sprechen“, botte sie zu ihrem Vater gesagt, als sie dann aber im Flure des alten Gutshauses stand und ihr Herz zum Herzspringen klopfte, wußte sie, daß es dringlichere Gründe waren, die sie herbeizogen.

Die alte Magd, der sie ihre Karte gegeben hatte, rief eine Tür auf, um dann laut in das Zimmer hinein zu rufen: „Frau Wiedenkamp, hier ist eine Dame.“ Währenddem bestete der Hund, der hinter einem der großen Schränke hervorgetommen war, laut im Inge herum. Er betrugte sich erst, als ihn die bessere Stimme seines Herrn zum ersten Mal vernahm. Wiedenkamp wurde ein paar Schritte Schritte

lang in der Tür seines Zimmers sichtbar, er hatte eine lange Pfeife im Munde und eine Rauchwolke hinter sich. Er schenkte aber verächtlich er wieder, daß Inge ihn nicht einmal begrüßen konnte.

Aber nun kam die alte Dame rechts aus der Tür heraus, sie hatte eine helle verlegene Röde in dem ältlichen Gesicht, was zu ihrem weißen Haar und den klugen Augen dazugehörte. „Entschuldigen Sie, mein liebes, gnädiges Fräulein, wir hier auf dem Wiedenkamp sind einsame alte Leute, es geht nicht mehr so exakt bei uns an“, bot sie und hielt Inge die Hand zum Grusse hin, die diese mit warmem Drucke und beruhigenden Worten zwischen ihre beiden nahm.

Und dann saßen sie in einem hübschen Erkerzimmer auf grünen Polstermöbeln, redeten von dieser lächerlichen Verlegenheit und saßen dabei eine die andere immer wieder mit warm glänzenden Augen an, darin ein flüchtliges Fragen lag, das gar nicht mit ihrem Gespräch zu tun hatte.  
„Ob sie sich für meinen Leberecht interessiert?“  
„Ach wenn das doch etwas wäre“, dachte Frau Tina Wiedenkamp.

Inge aber fand, daß Mutter und Sohn große Neugierde miteinander hätten. Jedenfalls waren die glitzigen, blauen, ehrlichen Augen bei beiden die gleichen. Und sie hatte den Eindruck, auf dem grünen Sofa im Erker der Augen saßen zu bleiben, um sich ihm nahe zu fühlen.  
Und das war es gewesen, um dessenwillen war sie eigentlich hierher gekommen, und das andere war nur ein Vorwand. Doch nun war diese Angelegenheit erledigt. Frau Wiedenkamp hatte gegen Fräulein Inge nichts eingewandt. Man dürfte nicht eingewandt sein, meinte die

alte Dame, und fügte hinzu, daß habe ihr Sohn gesagt der sei über die Ungerechtigkeit, den Klatsch und die Kleinlichkeitstrümperei hier äußerst aufgebracht gewesen.

Damit hatte die alte Dame das Gespräch wirklich auf ihren Sohn gelenkt, auf ihren Leberecht. Und da hatte sie nun noch ungeheuer viel auf dem Herzen, von dem kleinen Leberecht und von dem großen, wie er immer so klarem Verstand aber eben so viel Gemüt gehabt hätte und noch habe. Aber die Großhadt, die Großhadt... Die Frauen wären da so ungeheuer schlecht, und verdürben die Männer. Ihr Leberecht habe Gott sei Dank einen zu guten Kern von Danks aus. Er habe auch immer viel zu viel zu tun. Jetzt sei er wieder mit großen Plänen abgereist. Da würden sie, die Eltern, nun wohl lange auf einen Brief von ihm warten können. Sie kenne das ja schon, und wisse es ja auch an einschuldigen, wenn er ganz und gar in seinen Geschäftsinteressen aufgehe, wenn oft Wochen- und monatelang nichts weiter auf der Welt für ihn erdriere als Botschaft und Gefasination, gute und schlechte Abschlüsse; aber ihr Mann werde immer sehr ungeduldig, schelte auf den Sohn und schreibe ihm einen vorwurfsvollen Brief nach dem anderen.

Bei diesem Redefluß der alten Dame kam Inge gar nicht zu Worte, doch dann und wann nickte sie zustimmend mit dem Kopfe; denn das Bild von Leberecht Wiedenkamp Persönlichkeit gemann durchaus die Urteile, die sie sich von ihm gemacht hatte. Und zwischen dem dachte sie ganz traumverloren: Bei ihm wird man in Ruhe und Stille sein, er nimmt Welt, Menschen und Dinge so gut und so schick, wie sie sind, und dabei findet er die gescheiteste, beste Art zu seinem Streben und seinem persönlichen Glück...  
(Fortsetzung folgt.)

...die ...

L 73 den ...

...die dem ...

Offentliche Sitzung des Bezirksausschusses

Donnerstag, den 8. Juli, vormittags.

...genommen wurde von Mitteilungen des Herrn Geh. Regierungsrat ...

...Antrag ...

...Fußball ...

...Schleifelle ...

500 Mark ...

15-20000 Mark ...

GELD ...

10-15000 Mark ...

Junge Witwe ...

...Der ...

...27 u. 29 Jahre ...

...Offerten ...

...Offerten ...

Berichtigung!

...aus der ...

Basilame Buldogge

...zu verkaufen.

...Ein neuer ...

...Größe, Ostfr. 20, 2. r.

...Spottbillig zu verkaufen

...1 Kommode, 1 ...

...Gelegenheitsklaus.

...Ein sehr guter ...

...Ein sehr ...

...Ein sehr ...

...Ein sehr ...

...Ein sehr ...

...Ein sehr ...

...Ein sehr ...

...Ein sehr ...

...Ein sehr ...

...Ein sehr ...

...Ein sehr ...

...Ein sehr ...

...Ein sehr ...

...Ein sehr ...

...Ein sehr ...

...Ein sehr ...

...Ein sehr ...

...Ein sehr ...

...Ein sehr ...

...Ein sehr ...

...Ein sehr ...

...Ein sehr ...

Gezichtigten Dank

...bringen wir ...

Vereinsnachrichten

...Gesellschaft ...

...Rohschlächtere ...

Hotel Höpfer.

...Donnerstag ...

Der Musikfeind

...Operette in 1 Akt ...

Reichshof Zelthain.

...Mittwoch, 14. Juli ...

Tanz- und Anstands-Lehrkursus

...mit Erlernung ...

Albin Nier

...Das Geschäft ...

...Berichtigung.

...Mittgliederabgang ...

Briffett-Ausgabe

...Mittwoch, den 14. 7. 20.

Brikett-Ausgabe

...Mittwoch, den 14. Juli ...

Hans Ludewig

...In einer Stunde ...

...Bewegten ...

...Sonnig, am 8. Juli 1920.

Oberkloster

...wird auch ...

Spülapparate

...Spülmaschinen ...

Del Pantinen, Kräbe

...Draussis-Parasails.

...Kleber ...

...Kleber ...

...Kleber ...

...Kleber ...

...Kleber ...

...Kleber ...

...Kleber ...

...Kleber ...

...Kleber ...

...Kleber ...

...Kleber ...

...Kleber ...

...Kleber ...

...Kleber ...

...Kleber ...

...Kleber ...

...Kleber ...

...Kleber ...

...Kleber ...

...Kleber ...

...Kleber ...

...Kleber ...

...Kleber ...

...Kleber ...

...Kleber ...